



KONKORDATSKOMMISSION BETREFFEND DIE SICHERHEITS- UNTERNEHMEN (KSU)



Bewilligungsgesuch gemäss Konkordat oder vierjährige Erneuerung

(Konkordat vom 18. Oktober 1996 über die Sicherheitsunternehmen)

Kanton :

Unternehmen (Firmenname) :

Adresse und Hauptsitz :

Verlangt : ☐ neue Bewilligung

☐ vierjährige Erneuerung

verfallen am :

Als :

☐ SICHERHEITSBEAMTER-IN (ART. 5 – 9 – 10)

☐ VERANTWORTLICHE-R (ART. 8)

☐ LEITER-IN EINER ZWEIGSTELLE (ART. 9)

ANTRAGSTELLER-IN

Name(n) - (nach offiz. Dokument) :

Vorname(n) :

Geburtsname(n) :

Geburtsdatum : Geburtsort

Heimatort (Gemeinde/Land) :

Anderer Beruf : Zivilstand :

Hauptwohnort
(PLZ Wohnort / Kanton / Land) :

Seit :

Vorherige Wohnorte : auf der Rückseite oder auf einer beigelegten Liste aufzuführen (letzte 10 Jahre)

Mobile Telefon : Privat :

E-Mail-Adresse :

Waren oder sind Sie Gegenstand eines Strafverfahrens? (letzte 10 Jahre) : ☐ Ja ☐ Nein

Vorherige oder bestehende Bewilligungen
(Kanton und Kartennummer) :

Befristete Bewilligung: Veranstaltung :
(Nur für Sicherheitsbeamter-in) Zeitraum : bis

BEILAGEN ZUM GESUCH

☐ zu erneuernder Legitimationsausweis,

☒ alle Beilagen gemäss Dokument « Beilagen zum Bewilligungsgesuch »

Ort :

Mit seiner/ihrer Unterschrift erklärt sich der Kandidat / die Kandidaten damit einverstanden, dass die Behörde, falls erforderlich, **während des Verfahrens** und/oder in ihrem Entscheid, Daten aus den Akten der Polizei, der Verwaltung und der Justiz, einschliesslich derjenigen des Jugendstrafgerichts, übermittelt. Er/sie wird darüber informiert, dass er/sie verpflichtet ist, bei der Überprüfung der Bedingungen, denen die Erteilung der Bewilligung unterliegt, mitzuwirken, insbesondere in Bezug auf Vorleben und Leumund. Er/sie wird ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Zurückhaltung von Informationen, die Angabe falscher Informationen und die Weigerung, bestimmte Dokumente zur Verfügung zu stellen, eine Ablehnung des Gesuchs zur Folge haben kann. Der Kandidat / die Kandidatin wird auch formell darüber informiert, dass die Vorlage von falschen Dokumenten oder Dokumenten mit Informationen, die sich als falsch erweisen können, zur Ablehnung des Gesuchs ohne weitere Begründung sowie zu einem möglichen Strafverfahren wegen Urkundenfälschung oder Fälschung von Ausweisen führen können (Art. 251 und 252 StGB).

Unterschrift der gesuchstellenden Person :

Datum :

Stempel des Unternehmens und
**Unterschrift des Inhabers / der
Inhaberin der
Betriebsbewilligung** (Art. 8) oder
des Arbeitgebers (Art. 5-9-10) :